

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Friedrich Traub
Herausgeber: Hermann
Rosastr. 10, Dresden
Telefon: 1111

Druck: Druckerei
Rosastr. 10, Dresden
Telefon: 1111

Druck: Druckerei
Rosastr. 10, Dresden
Telefon: 1111

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Ergebnis der Länderkonferenz

v. Gahl verlangt Anpassung an die Reichspolitik

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Juni. Die Konferenz der Innenminister der Länder im Reichsinnenministerium, die am Mittwochvormittag 11 Uhr begonnen hatte, tagte ununterbrochen bis in die fünfte Nachmittagsstunde, worauf sie geschlossen wurde und folgende amtliche Verlautbarung erließ: „Im Reichsinnenministerium trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Kundgebungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers des Innern, Freiherrn von Gahl, zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute Bekehenden landesrechtlichen Handhabung der gesamten Reichsverordnung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Reichsverordnung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist angelegt.“

Der rote Kleinkrieg

Der Kampf gegen den neuen Kurs im Reich wird von zwei Seiten aus vorgetragen. Die Sabotage der süddeutschen Zentrumregierungen, die auf der gestrigen Länderkonferenz liquidiert werden sollte, ist nur ein Teil dieser Angriffsbewegung und vielleicht nicht einmal der gefährlichste. Daneben läuft die direkte Aktion, die mit blutiger Gewalt von der kommunistischen Partei geführt, vom Reichsbanner unterstützt und vom Zentrum für seine Parteizwecke ausgenutzt wird. In diesem gemeinamen roten Terror gegen nationalgesinnte Deutsche, die von den neuverlesenen Rechten freier politischer Betätigung Gebrauch machen, ist die rote Einheitsfront bereits praktisch hergestellt, wenn sich auch die marxistische Presse beider Nationen über die Möglichkeit des Zusammenwirkens noch streitet. Und auch zum Zentrum ist die Verbindungsbrücke vom Volkswindmühlens her schon geschlagen, da sich diese als radikalste Partei der bürgerlichen Mitte nicht scheut, die verbrecherischen Taten der Linkradikalen zur Begründung und Stärkung seiner eigenen Obstruktionspolitik gegen die Reichsregierung zu verwenden.

Obwohl die Konferenz naturgemäß einen lebhaften Verlauf hatte, war sie im Grunde doch ruhig gehalten als die letzte Besprechung der Innenminister anläßlich des Erlasses der politischen Notverordnung. Man hat in auswärtigen Zeitungen genug gehört, sich im Kabinettsbereich und in seinen Kreisen über alle Einzelheiten zu äußern. Eröffnet wurde die Sitzung, wie schon die Verlautbarung sagt, vom Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gahl, auf seinem bisher vertretenen Standpunkt verblieben ist. Die Unterdrückung der nationalen Bewegung muß im ganzen Reich aufhören. Auf der anderen Seite will der Reichsinnenminister natürlich ohne Not seinen Eingriff in die Freiheitsrechte der Länder vollziehen. Die Aussprache erzielte der preussische Minister Severing, der auf die besonderen preussischen Verhältnisse hinwies und dabei zum Ausdruck brachte, daß Preußen die Aufhebung des Uniformverbotes schon durchgeführt habe und für die Wahrung des 3. Juni als eine Forderung der Demonstrationenverbotesebene. Der bairische Innenminister Dr. Stäbel, der hierauf sprach, legte den bekannten bairischen Standpunkt dar, den er nicht ohne Schärfe vortrug. Es folgte

daß jedes Demonstrations- und Uniformverbot fallen müsse und daß sie in ihren Ländern dafür entsprechende Vorlesungen getroffen hätten.

Von den übrigen Ländern wurden zwar hier und da Bedenken im wesentlichen grundsätzlicher Natur laut, ohne daß indes irgendeine grundsätzliche Obstruktion der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck kam. Dagegen, daß der Reichsinnenminister zum feinen Feind von seinem Standpunkt abzurücken ist, steht sich Bayern vor die Frage gestellt, ob es sich der allgemeinen Richtung der Reichspolitik einordnen oder weiterhin in der Fronte verharren will. Einmalige Töne werden nicht insofern das bairische und badische Kabinett Zeit haben, sich ihre Stellungnahme zu überlegen. Der bairische und der badische Innenminister haben nach am Mittwochabend in Berlin verfallen, und vorläufiglich werden schon im Laufe des Donnerstag in Bayern und in Baden Kabinettskungen stattfinden.

Das Reich hat, wenn auch in gemäßigten Ausdrücken, in der heutigen Innenministerkonferenz schließlich ein Ultimatum gestellt, das bis Ende der Woche befristet sein dürfte.

Über das, was mit denjenigen Ländern, die weiter Obstruktion leisten wollen, geschehen soll, hat sich der Reichsinnenminister nicht geäußert. Amelios trägt sich für einen solchen Fall die Reichsregierung ebenfalls mit den in der Öffentlichkeit bereits erörterten Plänen. In einem Durchgaren wird es in jedem Falle kommen, wenn der letzte Zustand andauern sollte. Für Bayern und Baden ergibt sich leicht grundsätzlicher die Frage, ob es die beiden Regierungen verantworten können, aus einem an sich unvollkommenen Ausnahmefall sich einen Präzedenzfall zu machen, der die Freiheitsrechte der Länder unmittelbar ansetzen muß. Es wäre sowohl für Bayern wie Baden klüger, ihre uneingeschränkten Freiheitsrechte schon aus Gründen eines wohlverstandenen Föderalismus nicht durch Geldharrigkeit in Frage zu stellen.

der bairische Innenminister Stäbel,

der über die Erfahrungen Sachsen mit der Aufhebung der politischen Notverordnung berichtet haben dürfte und im übrigen wohl unterrichtet, daß Sachsen nicht die Absicht habe, sich im Gegensatz zu den politischen Grundlinien der Reichspolitik zu stellen. Baden's Innenminister Maier dürfte denselben Standpunkt wie die bairische Regierung vertreten haben. Sehr scharf und prägnant waren die Darlegungen der drei nationalsozialistischen Vertreter, des ostpreussischen Ministerpräsidenten Höver, des anhaltischen Ministerpräsidenten Freyberg und des braunschweigischen Innenministers Klage. Diese drei Ländervertreter betonten einhellig,

Die Welle des roten Terrors steigt

NSD. hegt zum offenen Aufbruch

Offen, 22. Juni. Die Ausbreitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition veranlaßte gemeinsam mit der roten Kampfgewerkschaft eine Tagung. Nach dem Gesamtbericht des NSD. forderte die Tagung von der Gesamtheit der NSD. und der roten Verbände die Anwendung „stärkster“ Methoden zur Mobilisierung der Massen für die antiautoritäre Aktion und zur Organisation politischer Massenkreise. Die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse sind gleichbedeutend mit der

Kommunisten, wobei das Straßensplafert aufgerissen wurde. Die Parteien bewarfen sich mit Pfastersteinen. In Dresden wurden bei einer Schlägerei vier Personen schwer und zwei leicht verletzt. Die Polizei nahm neun Personen fest. Bei Aufhebung einer kommunistischen Versammlung in Braunschweig durch die Polizei wurden zahlreiche Teilnehmer festgenommen. Ein Polizeibeamter erlitt einen Messerstich.

Neues Demonstrationsverbot in Bessen

Darmstadt, 22. Juni. Der bairische Innenminister hat wegen der in den letzten Tagen in Mainz, Worms und anderen Städten Bessens erfolgten politischen Kundgebungen mit sofortiger Wirkung im gesamten Gebiet des Volksstaates Bessen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Umzüge, Durchmärsche und sämtliche Transporte aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder von politischen Zwecken unternommen werden, verboten.

Wegen Uniformtragens in München verurteilt

München, 22. Juni. Von den Mitgliedern der NSDAP, die sich an den großen Straßendemonstrationen gegen den Ministerpräsidenten Dr. Heß am letzten Sonntag beteiligt hatten, sind die ersten acht dem Landgericht zugewiesen worden. Sämtliche Angeklagten führten aus, sie seien der Auffassung gewesen, daß sie nach der erfolgten Aufhebung des Uniformverbotes zum Tragen der Parteiuniform berechtigt waren. Der Gauhauptführer erhielt 8 Wochen Gefängnis, die anderen Mitangeklagten je 2 Wochen Gefängnis.

Aufforderung zum offenen Aufbruch.

In allen Teilen des Ruhrreviers dauern die kommunistischen Unruhen an. In Dortmund und unternehmen etwa 60 Kommunisten einen Angriff auf eine Gastwirtschaft. Mehrere Personen wurden verletzt. In Essen selbst wurde ein Mann niedergeschossen, der auf dem Wege zum Krankenhaus war. Nach Ansicht der Polizei handelt es sich um ein politisches Verbrechen. In Wanne-Eickel wurde ein Nationalsozialist von Kommunisten blutig geschlagen und dann in den Kanalsälen geworfen. Patienten retteten ihn vor dem Ertrinken. In Dornum wurden zwei Stahlhelmer von den Kommunisten überfallen und mit Schlagkräften verletzt. In Bochum wurden verschiedene Nationalsozialisten verletzt, einer von ihnen sehr schwer. Auch in anderen Teilen Deutschlands kam es zu blutigen Zusammenstößen. In Altona, wo drei NSD.-Vertreter durch Kommunisten überfallen und schwer verletzt wurden, in Wandersbeck wurden fünf Nationalsozialisten schwer verletzt. Ebenso verhielt es sich auch in Westfalen, wo die Polizei eingreifen mußte. In Dornum kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und

Die Aufgabe, von der alle diese Bestrebungen ausgehen, ist gegeben durch das Wiederauflauern politischer Zusammenhänge sofort nach der Aufhebung des SA- und Uniformverbotes. Die Einheitsfront übertrifft, wenn sie von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ spricht; denn die Reihe ununterbrochener politischer Gewalttaten, die Bräunung dagegen gestroffen hat, auch vorher nie abgerissen. Aber an Häufigkeit und Schärfe haben sie in einzelnen Ländern in der letzten Zeit zweifelslos zugenommen. Und die Tatsache, daß es fast ausnahmslos Nationalsozialisten und Stahlhelmer sind, die Tag für Tag von kommunistischen Wörtern überfallen und geißelt werden, beweist einwandfrei, woher diese neue Welle kommt. Die Vorgänge in Westdeutschland haben gezeigt, daß an der Spitze der kommunistischen „Kampfbund“ steht, von dem schließlich, das eine getarnte Fortsetzung des verbotenen Rotfrontkämpferbundes ist. Als Parteilinie der Sozialdemokratie läßt sich auch das Reichsbanner in zunehmendem Maße mitziehen. Die Absicht dieser zusammenschaltenden marxistischen Aktion steht zweifelslos über keine taktische Ziele hinaus. Was hier im Gange ist, bedeutet den Versuch zur Anbahnung wirklicher Bürgerkriegszustände, die in von Reichsbannerführern offiziell angekündigt worden sind für den Fall, daß Bräunung gefahrlos würde und die nationale Opposition die Macht übernehme. Wir befinden uns zur Zeit innerpolitisch in einem Zwischenstadium zwischen diesen beiden Ereignissen und dementsprechend auch in einem Entwicklungsabschnitt, in dem der kämpferische Teil des Marxismus tendenz nach den schwachen Stellen im Staatsorganismus sucht, wo kein revolutionärer Wille eindringen kann. Es handelt sich also hier um einen brutalen Angriff auf die Staatsautorität selbst. Wenn diese den Anschlag mit ihren überlegenen Mitteln nicht sofort abwehrt, sondern die Ausbreitung solcher Zustände gebuldet hat, so liegt der Grund dafür in dem Verhalten der preussischen und auch der bairischen Landespolizei, die beide in ihrer Art verlagert haben, weil sie ihr Augenmerk weniger auf die Unterdrückung kommunistischer Unruhen richten, als auf die Verfolgung von Nationalsozialisten und Stahlhelmlern in Uniform. Kein Wunder; denn als Organ der Landesregierung befolgt die Landespolizei deren Anweisungen, und diese stehen bisher in Preußen und Bayern den Richtlinien der Reichspolitik schnurstracks zuwider.

Dies liegt auch der Verbindungspunkt zwischen dem marxistischen Aufbruch und der Zentrumskrise. Denn die Zentrumspolitik zielt mit feineren Mitteln auf dasselbe Ziel ab: auf die Untergrabung der Reichsautorität. Und zwar sind alle Bestrebungen dieser im Gegensatz zur kommunistischen Bewegung „legalen“ Opposition des Zentrums und der Sozialdemokratie darauf gerichtet, der Reichsregierung unter Hinweis auf die kommunistischen Unruhen ein neues allgemeines Uniformverbot abzutragen. Die Urheber dieser Politik wissen natürlich genau, daß die Reichsregierung mit einer solchen Maßnahme nach den Grundsätzen, auf der sie aufgebaut ist, und damit sich selbst aufgeben würde. Sie richten ihren Appell an die härteste Stütze der Reichsregierung, den — wie sie betonen — von ihnen gemäßigten Reichspräsidenten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ beschwört Hindenburg direkt und versucht ihn beim Wort zu nehmen, wenn er schreibt: „Die Regierung Papen hat durch die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbotes bürgerkriegsähnliche Zustände heraufbeschworen. Sie kann diese Zustände nur beseitigen, wenn sie ihre Ursache beseitigt. Denn sie das nicht will oder nicht kann so steht die Entscheidung beim Reichspräsidenten. Er hat sein Wort dafür verstanden, daß die Aufhebung des SA-Verbots nicht zum Verderben für das deutsche Volk ausfallen dürfte. Es ist Zeit, ihn an sein Wort zu erinnern!“ Und auch die



Wir führen Wissen.